Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Geschäftsstelle innerhalb Dresdens 2,50 M. (einschl. Zutragung), durch die Post im Deutschen Reiche 3 M. (ausschließlich Bestellgeld) vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Wird Zurücksendung der für die Schriftleitung bestimmten, aber von dieser nicht eingeforderten Beiträge beansprucht, so ist das Postgeld beizufügen.

Dresdner Journal.

Herausgegeben von der Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Zwingerstraße 20. — Fernspr.-Anschluß Nr. 1295.

Erscheinen: Werktags nachm. 5 Uhr. — Originalberichte und Mitteilungen dürfen nur mit voller Quellenangabe nachgedruckt werden.

Ankündigungsgebühren: Die Zeile kleiner Schrift der 7mal gespaltenen Ankündigungs-Seite oder deren Raum 20 Pf. Bei Tabellen- und Ziffernsatz 5 Pf. Aufschlag für die Zeile. Unterm Redaktionsstrich (Eingesandt) die Textzeile mittler Schrift oder deren Raum 50 Pf. Gebühren-Ermäßigung bei öfterer Wiederholung. Annahme der Anzeigen bis mittags 12 Uhr für die nachmittags erscheinende Nummer.

№ 280. Mittwoch, den 3. Dezember nachmittags. **1902.**

Amtlicher Teil.

Dresden, 26. November. Se. Majestät der König haben dem bisherigen Schulvorstandsvorsitzenden in Großbauchlitz, Gutsbesitzer Georg Gustav Oehmichen das Verdienstkreuz zu verleihen Allergnädigst geruht.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Bahnwärter a. D. Michel in Kottmarsdorf das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Dresden, 27. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Oberschenk Kammerherr Graf v. Einsiedel-Reibersdorf das von Sr. Durchlaucht dem Erbprinzen zu Hohenlohe-Langenburg, Regent des Herzogthums Sachsen-Coburg und Gotha, ihm verliehene Komturkreuz 1. Klasse des Sachsen-Ernestinischen Hausordens annehme und trage.

Ernennungen, Versetzungen rc. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums der Finanzen. Bei dem Finanzministerium ist befördert worden: Reimann, zeither Büreauassistent, zum Sekretär.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Innern. Bei dem Landgendarmerie-Korps: pensioniert: Gendarme Schmidt in Bergen und Schindler II in Leupsch; versetzt: Gendarm Lehmann III in Brand nach Bergen, Gendarmerie-Brigadier Kuchar in Rabenstein nach Brand, Gendarm Schulze III in Auerbach nach Rabenstein, Gendarm Müller VIII in der Brigade Seidau als Distriktsgendarm nach Auerbach, Gendarm Sixtus in Stolpen nach Reichenau, Gendarm Trilpsch in Niederbobritzsch nach Stolpen, Gendarm Karischl in Erlbach nach Niederbobritzsch und Gendarm Beyer II in der Brigade Oberplanitz als Distriktsgendarm nach Erlbach; angestellt: Vizefeldwebel Matthie als Gendarm in der Brigade Seidau und Vizewachtmeister Hedrich als Gendarm in der Brigade Oberplanitz. — Bei der Polizeidirektion zu Dresden: verstorben: Stadtgendarm Hustig; pensioniert: Stadtgendarm Schmidt VI.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Kultus u. öffentl. Unterrichts. Zu besetzen: Die Schulstelle zu Jugelsburg b. Adorf. Kollat.: Die oberste Schulbehörde. Einkommen außer fr. Amtswohnung u. Gartennutzung insges. 1375 M., wozu b. a. w. 550 M. f. Ueberst. treten. Bewerbungen u. allen erforderl. Unterlagen (ev. auch Nachweis über Militärdienst) bis 22. Dez. an Bezirksschulinspektor Dr. Gäbler, Oelsnitz i. V.

(Behördl. Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Reichstag und Sozialdemokratie.

Es steht nunmehr fest, daß die Mehrheit des Reichstages, die sich auf den Antrag Kardorff vereinigt hat, fest entschlossen ist, ihn zum Beschlusse zu erheben und sich weder durch Ausbrüche der Leidenschaft, noch durch obstruktionistische Quertreibereien in diesem Entschlusse beirren zu lassen. Es wird daher zwar noch manche Kämpfe, vielleicht auch widerwärtige, mit der Würde des Reichstages unvereinbare Lärmszenen geben, aber der positive Abschluß der Zolltarifkampagne wird sich nicht mehr verhindern lassen und bald von dem Reichstage herbeigeführt werden, der unter dem Zeichen der Neuordnung unserer Zoll- und Handelsverhältnisse nach Ablauf der geltenden Handelsverträge gewählt worden ist. Denn in dem unter Miquels Aegide ergangenen, auch von dem Fürsten Bismarck unterschriebenen Aufrufe zur Sammlung der Anhänger des Programms gleichmäßigen Schutzes aller Zweige der nationalen Arbeit vom 11. März 1898, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der im Sommer desselben Jahres neu zu wählende Reichstag über den zeitgemäßen Ausbau unseres Zolltarifs zu beschließen haben werde, und daß demzufolge von dem Ausfalle der nächsten Reichstagswahlen die Durchführung einer nationalen Wirtschaftspolitik abhänge. Damals gelang die Sammlung nur zum Teil, weil das Zentrum aus parteipolitischen Gründen seine Mitwirkung versagte und manche Nationalliberalen abseits blieben. Jetzt aber hat sich im Reichstage der damals erstrebte Zusammenschluß der ganz überwiegenden Mehrheit beider konservativen Fraktionen, des Zentrums und der Nationalliberalen vollzogen, und es ist daher die Parteikonstellation herbeigeführt worden, die Fürst Bismarck in seiner letzten großen Reichstagsrede zum Invalidenversicherungsgesetz mit prophetischem Blicke als die Vereinigung der staatserhaltenden Kräfte voraussagte. Sie ist wesentlich dem ostentativen Versuche der Sozialdemokraten zu danken, dem Reichstage ihren Willen aufzuzwingen und ihn zum Spielballe ihrer Agitationsinteressen herabzuwürdigen. Das liegt in der Natur dieser revolutionären Partei; ihr Verhalten gegenüber der Zolltarifvorlage ist keine durch die besonderen Verhältnisse des Falles hervorgerufene Ausnahme, sondern die einfache Konsequenz ihrer grundsätzlichen Bekämpfung unserer Staats- und Rechtsordnung, namentlich des unter dem Hohenzollernhause geeinigten Deutschen Reichs. Es würde daher ein Zeichen politischer Kurzsichtigkeit sein, wenn die Mehrheitsparteien des Reichstages genug gethan zu haben glaubten, daß sie durch Verabschiedung der Zolltarifvorlage das sozialdemokratische Attentat auf das Mehrheitsprinzip abgewehrt haben. Sie müssen sich vielmehr, wie die „Neue pol. Korresp." mit Recht betont, zur dauernden Bekämpfung der Sozialdemokratie zusammenschließen und diesen Zusammenschluß zunächst bei den nächsten Reichstagswahlen gegen die Sozialdemokratie wirksam werden lassen.

Aber noch eine weitere unabwendbare Aufgabe erwächst der Mehrheit des Reichstages. Die Sozialdemokratie bedroht nicht bloß die Freiheit des Beschlusses, sondern auch selbst die Redefreiheit und jegliche Ordnung. Das sind nicht minder Attentate gegen die Existenzbedingungen des Reichstages, wie die Vergewaltigung der Mehrheit durch eine obstruierende Minderheit. Will man im Reiche die bestehende konstitutionelle Staatsform erhalten, so muß man die Disziplinargewalt des Präsidenten so stärken, daß er die Redefreiheit wirksam schützen und seinen Anordnungen Gehorsam verschaffen kann. Die Sozialdemokraten haben bereits einmal eine Verschärfung der Disziplinarbestimmungen der Geschäftsordnung notwendig gemacht, aber bei deren Beschließung hat man an Ausschreitungen, wie sie in den letzten Tagen vorgekommen sind, nicht gedacht und nicht denken können und demzufolge auch keine Mittel zu ihrer Verhinderung vorgesehen. Jetzt kann man nicht umhin, den Präsidenten mit so umfassenden Befugnissen auszustatten, daß er die Ordnung aufrechterhalten und die Ruhe und Freiheit der Verhandlungen gewährleisten kann. Man wird angesichts des revolutionären Geistes, der aus dem Gesamtverhalten der Sozialdemokraten spricht, vor einschneidenden Maßnahmen nicht zurückschrecken dürfen. Es handelt sich um die Existenzmöglichkeit des Reichstages in der in der Reichsfassung vorgesehenen Gestalt, also um die Erhaltung wichtiger Teile der Verfassung des geeinten Deutschlands. Der Reichstag hat daher nicht bloß das Recht, sondern auch die unabweisbare Pflicht, durch Verstärkung der Disziplinargewalt des Präsidenten dafür zu sorgen, daß die Ordnung in seinen Verhandlungen wiederkehrt.

Die Botschaft des Präsidenten Roosevelt.

Dem Kongresse der Vereinigten Staaten von Amerika, der am gestrigen Tage zu Washington zusammengetreten ist, hat Präsident Roosevelt eine Botschaft zugehen lassen; sie ist die zweite seiner Amtsführung. Der Präsident behandelt in ihr besonders eingehend die Kartellbildungen sowie andere wirtschaftliche Fragen und nimmt zu den Schwierigkeiten, in denen sich die venezolanische Republik augenblicklich befindet, Stellung. Die bedeutsame Kundgebung klingt in der Versicherung aus, daß dem Weltfrieden von keiner Seite Gefahr drohe.

Zu Beginn der Botschaft heißt es folgendermaßen: Wir befinden uns noch immer in einer Periode unbegrenzten Gedeihens. Als Volk haben wir eine große Rolle in der Welt gespielt und sind entschlossen, unsere zukünftige Rolle zu einer noch größeren zu machen. Die Ereignisse der letzten vier Jahre haben zum guten oder schlimmen endgiltig entschieden, daß unser Platz unter den großen Nationen sein muß. Selbst wenn wir wollten, könnten wir eine kleine Rolle nicht spielen, aber unser Volk sieht der Zukunft hochgemut und entschlossenen Willens entgegen. Unser Bekenntnis ist nicht das des Schwächlings und des Feigen; es ist das Evangelium der Hoffnung und des siegreichen Bemühens. Wir schrecken nicht vor bevorstehenden Kämpfen zurück. Wir haben es mit großen Problemen im Auslande und mit noch größeren daheim zu thun, aber wir können sie wohl lösen. Der gegenwärtige hohe Stand unserer materiellen Wohlfahrt ist die Folge der über ein Jahrhundert währenden Entfaltung wirtschaftlicher Kräfte, unserer Gesetze, unserer beständigen Politik und vor allem der hohen durchschnittlichen Eigenschaften der Bürger." Der Präsident verweist sodann auf die mit der weiten Verbreitung des Wohlstands verbundene Ansammlung großer Vermögen und sagt weiter, natürlich sei mit so vielem Guten auch vieles Ueble groß geworden, an dessen Beseitigung mit Geduld und praktischen Verstande gegangen werden solle. Die Erfahrung eines Jahres, fährt der Präsident fort, habe bewiesen, daß die von ihm in seiner letzten Botschaft vorgeschlagenen Maßnahmen sich empfehlen. Ungeachtet der Unverletzlichkeit des Eigentums müßten Verbände und namentlich Vereinigungen von Verbänden der Regelung durch öffentliche Vorschriften und der nationalen Aufsicht unterworfen werden. Sie seien nicht zu beseitigen, sie seien im Gegenteil eine unvermeidliche Entwickelungsform des modernen Industrialismus und ihre Vernichtung nur unter äußerster Schädigung des ganzen politischen Gemeinwesens möglich. Die Vereinigungen sollen nicht angegriffen, sondern nur alles in ihnen enthaltene Ueble beseitigt und eine solche Regelung getroffen werden, daß sie dem öffentlichen Wohle dienen. Bei der Regelung müsse dafür Sorge getragen werden, daß große Unternehmungen, die eine Herabminderung der Produktionskosten erzielt haben, nicht getrennt, daß der Platz, den das Land in der Führung der internationalen industriellen Welt gewonnen habe, nicht aufgegeben werde. Der Präsident betont sodann, daß eine der wichtigsten Aufgaben des Kongresses die Regelung des Handels zwischen den Staaten der Union sei. Monopole seien ungerecht und den freien Wettbewerb schädigend oder verhindernd. Kraft der Befugnis des Kongresses, den Handel mit fremden Nationen und unter den Staaten der Union zu regeln, können die mit der Trustbildung in Verbindung stehenden Uebel und die den inneren Handel schädigenden Betriebsmaßnahmen verhindert werden. Wenn es sich als unmöglich erweisen sollte, durch ein Gesetz in diesem Sinne die erwähnte Aufgabe zu lösen, so sollte man vor einer Abänderung der Verfassung, um die dazu nötige Befugnis zu schaffen, nicht zurückschrecken. Durch eine Herabsetzung des Zolltarifs würde an den mit den Trusts verbundenen Mißständen nichts geändert, vielmehr nur die Fabrikation weniger gewinnbringend gestaltet und namentlich der schwächere einheimische Mitbewerber unvermeidlich dem Untergange geweiht werden. Die Aufgabe der Tarifpolitik sei, nicht den ausländischen Produkten durch unzweckmäßige Tarifänderungen einen Vorteil auf dem heimischen Markte einzuräumen, sondern dem heimischen Wettbewerbe durch geeignete Gesetzgebung ein günstiges Feld zu schaffen. Die Frage der Regelung des Trusts habe mit der Frage der Tarifrevision nichts zu thun. Was die letztere angehe, so habe das Volk dem Grundsatz des Schutzzolltarifs zugestimmt, und es sei äußerst unrätlich, das bestehende System zu beseitigen oder gewaltsame oder radikale Aenderungen an ihm vorzunehmen. Die Erfahrung habe gezeigt, daß das große Gedeihen des Landes sich stets unter einem Schutzzolltarif entfaltet habe. Besser sei es, zeitweilig kleine Uebelstände im Tarifwesen zu ertragen, als rasche und ruckweise Aenderungen vorzunehmen. Wenn es auch wünschenswert sei, bei Festhaltung des Prinzips dessen Durchführung den Veränderungen der nationalen Bedürfnisse anzupassen, so sei doch als Richtschnur festzuhalten, daß der Grundgedanke des ganzen Tarifsystems der sei, für die amerikanischen Geschäftsinteressen mindestens volle Gleichheit mit denjenigen des Auslandes herzustellen, so daß der Zoll die höheren amerikanischen Arbeitslöhne mehr als ausgleiche. Einer der Wege der weiteren Regelung des Zollwesens seien Gegenseitigkeitsverträge, die in hohem Grade zu wünschen seien. Wo Gegenseitigkeitsverträge möglich seien, seien sie ein brauchbares Mittel zur Erweiterung der Märkte und Förderung der Produktion des Landes, während sie zugleich die Herabsetzung von Zöllen gestatten, wo solche zum Schutze nicht mehr nötig seien oder der geringe aus der Herabsetzung entstehende Schaden durch bedeutende Vorteile aufgewogen werde. Wo sich die Ratifikation noch schwebender Verträge unmöglich erweist, sollte durch einen direkten Akt der Gesetzgebung dafür gesorgt werden, daß die Gegenseitigkeit zu stande komme. Wo sich die Reziprozität nicht empfiehlt, seien auch selbständige Herabsetzungen einzelner Zollpositionen ins Auge zu fassen. Es empfehle sich, daß zur Vorberatung solcher Maßnahmen eine besondere Kommission sachverständiger Geschäftsmänner eingesetzt werde, welche die Wirkung der Veränderung einzelner Positionen auf die Volkswirtschaft zu beurteilen vermögen. In den wenigen Fällen, in denen durch den Schutzzoll ein schädliches Monopol geschaffen sei, solle durch entsprechende Tarifherabsetzung die Gleichheit des Wettbewerbs wiederhergestellt werden. Die für Anthrazitkohle bestehenden Tarifbestimmungen sollen beseitigt werden. Bezüglich des Währungswesens führt die Botschaft aus, daß ein Element der Elastizität im Geldwesen nötig sei. Die Banken müßten, soweit durchführbar, verpflichtet werden, die für Handel und Industrie nötigen Umlaufsmittel so zu liefern, daß sie stets in ausreichender Menge verfügbar sind. Es empfehle sich nicht, gegenwärtig eine Rekonstruktion des Geldwesens vorzunehmen, doch sei der Erlaß neuer Gesetze wünschenswert, durch die automatisch wirkende Mittel geschaffen werden, um jede berechtigte Anforderung an Menge und Art der Umlaufsmittel zu befriedigen, und durch die alle Geldarten untereinander austauschbar und nach dem Willen des Inhabers in Goldwährung umwandelbar gemacht werden. Der Präsident weist auf die Notwendigkeit eines besonderen Gesetzes betreffend die Einwanderung hin und hebt hervor, es sei ein Problem von großer Schwierigkeit, auf welche Weise eine richtige Behandlung von Arbeit sowohl wie von Kapital zu erzielen sei und wie skrupellose Menschen unter Arbeitern sowohl wie unter Unternehmern im Schach zu halten seien, ohne die individuelle Initiative und ohne die industrielle Entwickelung des Landes zu hemmen. Unsere Zeit sei eine Zeit der Föderationen. Kapitalistische sowohl wie Arbeiterföderationen aber könnten Gutes sowohl wie Uebles stiften. Bekämpft solle in den Organisationen nur das werden, was sich als Uebel in ihnen erweise, nicht die Organisationen als solche, denn durch die Korporationen und Vereinigungen sei ein weitreichen-

Kunst und Wissenschaft.

Von den Berliner Theatern.

Berlin, 2. Dezember.

Die hiesigen Theater huldigen alle dem Grundsatz variatio delectat, und weil ihr Spielplan abwechselungsreich ist, so weisen ihre täglichen Kassenrapporte vergnügliche Ergebnisse auf. Der Fremdenstrom, der zur Zeit wieder über Berlin zieht, trägt wesentlich dazu bei, alle unsere Theater und Theaterchen alltäglich zu füllen.

Das Kleine Theater „Schall und Rauch", Unter den Linden, in dem zwar nicht geraucht werden darf, wo aber in letzter Zeit sehr oft der Schall des Beifalls des Auditoriums zu hören war, hatte auch mit seiner letzten Neuheit Glück. Die Tragikomödie „Ackermann" von Viktor Holländer und Lothar Schmidt erwies sich wiederum als ein Schlager. Der fein empfindende Romanschriftsteller Holländer hat sich hier mit dem auf Bühnenwirkung wohl eingearbeiteten Lothar Schmidt zusammengethan, und dem Produkt dieser Doppelarbeit muß man zugestehen, daß es Gutbeobachtetes und Menschlichwahres in seinen engen Rahmen zu spannen vermochte. Der alte von Geiz und übler Menschenerfahrung knochen- und seelentrockene Ackermann, der einen anderen um sein Lebensglück bringen muß, um es sich selbst zu verschaffen, wird folgerichtig um dieses betrogen. Emanuel Reicher in der Titelrolle entfesselte mit seiner lebenswahren, zündenden Darstellung stürmischen Beifall. Die Nachwirkung der Wahnsinnsszene des letzten Aktes, die das Stück beschließt, fesselte das Publikum noch minutenlang vor der Bühne, und Reicher wurde immer wieder hervorgeklatscht.

Im „Neuen Theater" wurde jüngst ein (an dieser Stelle bereits erwähntes) vieraktiges Stück, ein Volksstück nennt's der Verfasser, „Der Gemeine" von Felix Salten mit starkem Erfolge gegeben. Es ist recht unterhaltsam, in frischen und oft recht anschaulichen Farben gemalt. Wenn man erzählt, daß Joseph, der Gemeine, seine Braut Marie, die Brettlsängerin, auf dem Zimmer seines Vorgesetzten und Leutnants trifft und die ungetreue Maid spontan erschießt, so hat man eigentlich die ganze Handlung skizziert. In tüchtiger Charakterisierung erhebt sich der Vierakter zu gutem Gelingen, und die wirkungsvolle Beobachtung der Scenen auf dem Kasernenhofe und die gelungene Schilderung der Volkssänger-Bohème vertieft diesen Eindruck. Darstellung und Regie sind sehr eindrucksvoll und gewandt.

Das „Lessing-Theater" bleibt nicht zurück. In absehbarer Zeit wird es ein neues Werk Blumenthals und Kadelburgs bringen, und jüngst brachte es unter vielem Beifall ein dreiaktiges Schauspiel von Henri Bernstein „Le Detour", das in der Uebersetzung Annie Neumann-Hofers „Jack" heißt. Das Stück behandelt eine Art „Yvette-Motiv": Das Schicksal eines Mädchens, das wie Yvette — bekanntlich eine Figur Maupassants — eine Größe der Halbwelt zur Mutter hat.

Das „Königl. Schauspielhaus", das mit Wildenbruchs „König Laurin" noch immer gute Erfolge aufzuweisen hat, wird in absehbarer Zeit drei Werke Friedrich Hebbels: „Michel Angelo", „Der Rubin" und „Demetrius", die der modernen Bühne fast ganz entfremdet sind, zur Aufführung bringen. Die Witwe Friedrich Hebbels richtete an den Königl. Oberregisseur Max Grube ein Schreiben, in dem sie betont, daß durch die Anerkennung, die das Königl. Schauspielhaus sämtlichen dramatischen Dichtungen Hebbels zu teil werden läßt, jetzt bereits das in Erfüllung gehe, was ihr Gatte, wie er ihr gegenüber wiederholt ausgedrückt, erst hundert Jahre nach seinem Tode erwartete.

Im „Belle-Alliance-Theater", dem neuerstandenen, gastiert eine Münchener Truppe mit einem zweiten Wiener Volksstück „Die Schroederischen". Hans Schrotenbach heißt der Verfasser. Jahrelang soll dieses Werk im Theaterarchiv gelegen haben, bis der Wiener Liebling, Girardi, darin für sich eine gute Rolle entdeckt haben soll. Die Berliner sind sanft geworden, auch dieses Stück findet sein Auditorium, trotzdem es stark nach der guten alten Zeit schmeckt. Seine Figuren: ein biederer Landpfarrer von großem Edelmut, dessen Bruder, einer der jetzt so mit Recht beliebten Betrüger, die von dem Vertrauen anderer leben, ein leichtsinniger Neffe und Sohn und ein liebes braves Ziehtöchterlein. In mehreren Ansätzen, will sagen, Akten, verzehrt man auch dieses „Wiener Schnitzel" mit Gesundheit.

Im „Theater des Westens" setzt Francesco d'Andrade sein Gastspiel fort, und im Königl. Opernhaus" wird am 18. Dezember, dem Geburtstage Webers, die Oper „Euryanthe" unter der Leitung von Richard Strauß gegeben werden.

Das „Zentral-Theater" serviert allabendlich ein gutmundendes Getränk. „Madame Sherrys" prickelnde Weisen klingen durch das gutbesetzte Haus und versetzen die dem hetzenden Werktage Entronnenen in die behaglichste Stimmung.

Das „Ueberbrett'l", das sein Schöpfer Wolzogen jüngst wiederum in der Presse als dem Tode geweiht bezeichnet hat, lebt noch immer. Sein „buntes Programm" ist aber wirklich sehr bunt geworden. Sind es die Farben des Herbstes, denen das Weiß des Winters folgt?... G. E.

Wissenschaft.

e. Aus Leipzig schreibt man uns: Im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts begann in Deutschland wie in Frankreich, England und Amerika eine Bewegung zur Einführung eines geregelten Briefwechsels zwischen den Schülern der genannten Staaten mit dem Zwecke der Förderung der Sprachkenntnisse, und im März 1897 wurde unter dem Patronate des sächsischen Neuphilologenverbandes in Leipzig eine deutsche Zentralstelle für internationalen Briefwechsel ins Leben gerufen, die ein überaus günstiges Ergebnis geliefert hat. In den Mitteilungen der deutschen Zentralstelle berichtet deren Leiter Hr. Prof. Dr. K. A. Martin Hartmann in Leipzig über deren Thätigkeit in der Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1902. Die Zentralstelle sah, wie bisher, ihre besondere Aufgabe darin, Zöglinge deutscher Schulen mit Zöglingen französischer, englischer oder amerikanischer Schulen, außerdem aber auch Erwachsene aus diesen Ländern zum Zwecke einer wechselseitigen sprachlichen Förderung in brieflichen Verkehr zu setzen und hatte hierbei folgenden Zuspruch: Die Zahl der deutscherseits eingegangenen Anmeldungen betrug 1796, wovon 1078 für französisch und 718 für englisch waren. Von den 231 Erwachsenen beanspruchten 125 französische und 106 englische Korrespondenz. Die Gesamtzahl der seit Gründung der Zentralstelle eingelaufenen deutschen Anmeldungen bis zum 30. Juni 1902 betrug 10624. Verteilt wurden im abgelaufenen Geschäftsjahre 1783 Adressen und zwar 1010 französische und 773 englische. Im ganzen liefen in der Berichtszeit von 127 deutschen Schulen Anmeldungen ein, worunter sich befanden 34 höhere Mädchenschulen, 26 Realgymnasien, 24 Gymnasien, 21 Realschulen, 14 Oberrealschulen, 3 Lehrerseminare, 3 Lehrerinnenseminare und 2 Handelsschulen. Von diesen 127 Schulen hatten sich 85, also 67 Proz., bereits in früheren Jahren angemeldet, was beweist, daß ihre mit dem Schülerbriefwechsel gemachten Erfahrungen überwiegend nach der guten Seite liegen. Ueber beim Schülerbriefwechsel vorgekommene Unzuträglichkeiten sind nur in vier Fällen Klagen bei der Zentralstelle eingelaufen, was gegenüber der ungeheuren Menge der hin- und herlaufenden Briefe eine ganz verschwindende Ziffer ist. In